

**Vorlage
zur Beschlussfassung
für die Bezirksamtssitzung am 16.09.2025**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr.: 776/VI vom 19.03.2025
„Schulstationen sichern“ - Drucksachen-Nr.: 1149/VI
- 2. Berichterstatter/in:** Bezirksstadträtin Carolina Böhm
- 3. Beschlussentwurf:** Das Bezirksamt beschließt, der BVV die beigefügte Vorlage zur Kenntnis zu geben.
- 4. Begründung:** Auf die Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wird verwiesen.
- 5. Rechtsgrundlagen:** § 36 Abs. 2 b) und e) BezVG
- 6. Finanzielle Auswirkungen:**
- 7. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung:**
- 8. Veröffentlichung (BVV-BNr: 471/V):** ja
- 9. An der Vorlage hat mitgewirkt:**

Carolina Böhm
Bezirksstadträtin

**Vorlage
zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr. 776/VI vom 19.03.2025
„Schulstationen sichern“
Drucksachen-Nr. 1149/VI
- 2. Berichterstatterin:** Bezirksstadträtin Carolina Böhm

3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 19.03.2025 den folgenden Beschluss gefasst:

„Das Bezirksamt wird gebeten, sich an die entsprechenden Stellen und zusätzlich an den Landesjugendhilfeausschuss zu wenden, um die Finanzierung der Schulstationen zukünftig über das Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ zu erreichen. Bisher werden über 17 Stellen in den Schulen unseres Bezirkes aus dem Bezirkshaushalt (Abteilung Jugend) finanziert, obwohl die Senatsverwaltung von der Versorgung aller Schulen im Land mit Schulsozialarbeit spricht. Das Programm muss dafür finanziell ausgestattet werden, damit auch diese Stellen aus Landesmitteln finanziert werden. Es ist hierbei zwingend notwendig, die Qualitätsstandards des Landesprogramms an die in Steglitz-Zehlendorf geltenden und notwendigen Qualitätsstandards in der personellen Ausstattung (i.d.R. 1,5 VZÄ pro Schulstation) anzupassen. Das Bezirksamt wird dazu aufgefordert, sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, um das bedarfsorientierte und bewährte Modell der Schulstationen in Steglitz-Zehlendorf zum Wohle der Kinder und Jugendlichen im Bezirk langfristig fortführen zu können.“

Hierzu wird berichtet:

Das Bezirksamt hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich, auf allen Ebenen, sowohl durch die Dezernentin als auch die Amtsleitung, für die Aufnahme aller Schulen in das Landesprogramm eingesetzt. Grundsätzlich plant die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie einen weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen und künftig jede Berliner Schule mit einer sozialpädagogischen Fachkraft auszustatten. Dass dies kurz- bis mittelfristig nicht umgesetzt werden kann, ist der prekären Haushaltslage geschuldet. Aus diesem Grund kann dem Wunsch, bestehende Schulstationen künftig über das Landesprogramm zu finanzieren, derzeit nicht im Ansatz entsprochen werden. Hieran kann auch der Landesjugendhilfeausschuss nichts ändern.

Es wird gebeten, den Beschluss als erledigt zu betrachten.

Maren Schellenberg
Bezirksbürgermeisterin

Carolina Böhm
Bezirksstadträtin